

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 15 M. monatl. Einzelne Num. 80 Pf.  
Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 5 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 M., unter Eingefahrt 13 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentendank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doering in Dresden.

Nr. 106

Sonntag, 7. Mai

1922

## Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

**Niederlassungen:**  
**Dresden**  
Augustusstraße, Ständehaus  
Fernspr. 238, 234, 1588, 1788  
Depositenkasse am Hauptbahnhof  
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 42334  
**Leipzig**  
Grimmischer Steinweg  
**Zwickau**  
Hauptmarkt

Dresden, 6. Mai.

### Zur Frage der Kartoffelversorgung für das nächste Versorgungsjahr.

(N.) Das Sächsische Wirtschaftsministerium ist seit langem bemüht, die Reichsregierung zur Einführung einer Umlageverfahren für die Kartoffelversorgung im nächsten Versorgungsjahre zu veranlassen. Es befindet sich dabei in Gemeinschaft mit noch einigen anderen deutschen Bundesstaaten. Nach dem augenblicklichen Stande der Dinge scheint die Reichsregierung jedoch nicht die Absicht zu haben, diese im Interesse der versorgungsberechtigten Bevölkerung liegende Maßnahme zu treffen. Landwirtschaftliche Kreise behaupten sogar, daß selbst die Verbrauchskreise sich gegen eine Umlage gewendet hätten. Diese Vorhaltung ist falsch. Der große Konsumverein Verbands für Dresden und Umgebung, der rund 90 000 Familien zu versorgen hat, hat jetzt dem Sächsischen Wirtschaftsministerium mitgeteilt, daß er in entschiedener Weise und ganz energisch gegen die Stellungnahme der Reichsregierung in Sachen des Umlageverfahrens für Kartoffeln protestiere. Die Generalversammlung des genannten Konsumvereins ersucht die sächsische Regierung nochmal dringend, ihre Vertreter bei der Reichsregierung anzuweisen, erneut wegen Einführung des Umlageverfahrens für Kartoffeln vorstellig zu werden. Das Wirtschaftsministerium teilt dazu mit, daß es bereits gemeinschaftlich mit Braunschweig in der geforderten Weise bei der Reichsregierung vorgegangen ist. Sagen wird außerdem beim Reich die baldige Einberufung einer ersten Ernährungsminister-Konferenz beantragen, in der die Einführung der Getreide- und Kartoffelumlage für das nächste Versorgungsjahr auf der Tagesordnung stehen soll.

### Sitzung des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung hat gestern nachmittags eine Kabinettsitzung abgehalten, in der sie sich mit laufenden Angelegenheiten und insbesondere mit dem Entwurf der Zwangsanleihe beschäftigte.

### Kurze Rückkehr des Reichszanlers Dr. Wirth von Genua nach Berlin.

Wie aus Genua gemeldet wird, beabsichtigt der Reichszanler zu Beginn der nächsten Woche auf einige Tage nach Berlin zu reisen, um dem auswärtigen Ausschuss Bericht zu erstatten. Dr. Wirth wird voraussichtlich bereits Ende der Woche wieder nach Genua zurückkehren.

### Die Reise des Reichsfinanzministers Dr. Hertel nach Paris.

(Eigene Meldung.)

Die von einem Berliner Blatte mitgeteilte Meldung, daß Reichsfinanzminister Dr. Hertel sich nach Paris begeben werde, um an den weiteren Verhandlungen mit der Reparationskommission persönlich teilzunehmen, wird von zuverlässiger Stelle bestätigt. Der Abscheitermin steht jetzt jedoch noch nicht fest. Wie aus Genua aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, sei diese Reise des Finanzministers bereits in Genua mit den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung vereinbart worden und habe den Zweck, dem Chef der Sachdeputation die Reparationsforderungen am meisten ge-

## Die Aufbringung der Reparationszahlungen.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in seiner Rede in Bar-le-Duc Deutschland wieder einmal als den böswilligen Schuldner hingestellt, der nicht zahlen wolle, und dem man nicht in anderer Weise als durch Sanktionen beikommen könne. Es ist ein eigenartiges Zusammenstoßen, daß am selben Tage, an dem diese Rede gehalten wurde, der Presse eine Mitteilung über den Stand der deutschen Leistungen von der Reparationskommission zuging, in der öffentlich darüber quittiert wurde, daß Deutschland, gemäß den gestellten Bedingungen, bis zum 15. April 1300 000 000 Goldmark in bar gezahlt, also seine volle Schuldigkeit getan hat. Betrachtet man dazu die verhängnisvollen Folgen, welche die Aufbringung dieser Summe für die deutsche Währung gehabt hat, so ergibt sich klar, daß Deutschland geleistet hat, was nur immer in seinen Kräften stand, ja, daß es mehr geleistet hat, als es mit Rücksicht auf die dringlichsten Bedürfnisse seiner Volkswirtschaft eigentlich leisten durfte.

Als im vergangenen Jahr mit dem Beginn der Devisenankäufe durch das Reich für Reparationszwecke die deutsche Mark zu fallen begann und immer tiefer sank, da suchte die französische Presse der Welt vorzutreiben, daß Deutschland mit Rücksicht auf den Bankrott zuversetzen, um sich von seinen Zahlungsverpflichtungen zu befreien. Es gelang ihr aber nicht, diese Auffassung überzeugend darzustellen; denn schon bald konnte kein Kenner weltwirtschaftlicher Zusammenhänge mehr darüber im Zweifel sein, daß die gleitende Markkurve die natürliche Folge der Anstrengungen war, die das Deutsche Reich zu machen gezwungen war, um die Summen rechtzeitig aufzubringen, die ihm als Reparationszahlungen auferlegt worden waren.

Welche Schwierigkeiten es bereitet hat, allein die am 31. August vergangenen Jahres fällige erste Milliarde Goldmark aufzubringen, darüber gibt ein Weißbuch („Altenfrage zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922“), das die Reichsregierung demnächst dem Reichstag vorlegen wird, in anschaulicher Weise Aufschluß. Um die Goldmilliarde zu beschaffen, wurden aufgebracht: 541 Mill. Goldmark durch Ankauf von Devisen, 58 Mill. M. durch Aufnahme von Lombardkrediten unter Verpfändung des der Reichsbank gehörenden Silbers, 13 Millionen durch Ankauf von Gold durch die Reichsbank im Inland, 22 Millionen durch Überweisung eines Guthabens der deutschen Regierung bei der Banca d' Italia, das aus einem Sparguthaben herrührte, 16 Mil-

lionen durch Devisenankäufe von inländischen Banken, 270 Millionen durch die von der Reichsbank ausgenommenen, von Wendelssohn & Co. in Amsterdam vermittelten Kredite, 68 Millionen durch Lieferung von effektivem Gold. Nun wurden aber nicht nur für die Reparationen, sondern auch für andere Zwecke, z. B. für Lebensmittel und Rohstoffeinkäufe Devisen benötigt, und so mußten in der Zeit vom Mai bis August 1921 von der Devisenbeschaffungstelle insgesamt rund 735 Mill. Goldmark Devisen beschafft werden. Dabei wurden noch, um die Rückzahlung dieser Anleihen auf den deutschen Währungsstand möglichst auszugleichen, in dieser Zeit die Devisenbedürfnisse für andere als Reparationszwecke wesentlich eingeschränkt. Die Getreidezufuhr wurde beispielsweise damals so weit wie möglich nur gegen Kredite vorgenommen. Diese beliefen sich auf 187 Mill. Goldmark. Aber trotz der dadurch bewirkten Entlastung des Devisenmarktes und trotz der Deckung von nur 54,1 Proz. der bis zum 31. August geleisteten Zahlungen durch Devisenankäufe blieben die geradezu katastrophalen Folgen auf dem Devisenmarkt nicht aus. Seine gewolltste Preissteigerung zog die rapide Entwertung der deutschen Währung nach sich, die in einem Steigen des Dollars von etwa 60 im Mai 1921 auf eine Höhe von zeitweise über 300 im November v. J. zum Ausdruck kam.

Nimmt man zu der oben erwähnten Barzahlung von 1300 000 000 Goldmark noch die Zahlungen auf Grund des Recordy Act, die sich bis zum 15. März auf rund 55 Mill., und die Sachleistungen, die sich bis dahin auf rund 556 Mill. Goldmark belaufen, so ergibt sich daraus für noch nicht ein Jahr ein Leistungsbetrag von insgesamt 1 910 000 000 Goldmark.

Das Land, das nach allen anderen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages, durch solche ungeheure Opfer und ohne Rücksicht auf seine eigene Wirtschaft den Beweis guten Willens erbracht hat, hat der französische Ministerpräsident jetzt von neuem mit Strafmaßnahmen bedroht. Er hat seine Forderungen zwar nachträglich eingeschränkt gesucht; aber mehr als auf den guten Willen Poincarés dürfen wir uns keine Hoffnungen auf die Zukunft setzen, daß die Erfahrungen des letzten Jahres überall in der Welt die Unmöglichkeit erkennen lassen, daß Deutschland die ihm auferlegten Lasten auf die Dauer zu tragen imstande sei.

### Die Reise des Reichsfinanzministers Dr. Hertel nach Paris.

Die von einem Berliner Blatte mitgeteilte Meldung, daß Reichsfinanzminister Dr. Hertel sich nach Paris begeben werde, um an den weiteren Verhandlungen mit der Reparationskommission persönlich teilzunehmen, wird von zuverlässiger Stelle bestätigt. Der Abscheitermin steht jetzt jedoch noch nicht fest. Wie aus Genua aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, sei diese Reise des Finanzministers bereits in Genua mit den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung vereinbart worden und habe den Zweck, dem Chef der Sachdeputation die Reparationsforderungen am meisten ge-

trieben werde, Gelegenheit zu geben, sich selbst aktiv an den Verhandlungen der Reparationskommission zu beteiligen. Es wird sich hierbei nicht nur um die Erörterung der finanziellen Probleme, soweit sie von Deutschland als Sicherheit für das einseitige Kuratorium durch die Reparationskommission verlangt worden sind, sondern auch darum handeln, mit dem Staatssekretär a. D. Dr. Bergmann, der Mitglied des von der Senatskonferenz eingesetzten Anleiheauschusses der Reparationskommission ist, in unmittelbarer Verbindung während der wichtigsten Phasen dieser Verhandlungen zu bleiben. Aber die Dauer des Aufenthalts des Reichsfinanzministers in Paris sind noch keine Positionen getroffen worden; es wird beabsichtigt,

### Die Verteilungspolitik des Zwickauer Vereins zur Errichtung von Bergmannswohnungen

von Bergingenieur Dr. Ing. May, Geschäftsführer des Bergmännischen Vereins, Zwickau.

Was bei der ersten Verteilung der Mittel die Hauptsache gewesen, so wurde schon bei der Beschlussfassung über die ersten im Jahre 1920 vom Reichsarbeitsministerium überwiesenen Reichsvorschüsse gründlicher verfahren. Man wollte jetzt eine zu große Zersplitterung der an sich geringen Mittel vermeiden und beschloß, sie möglichst zu größeren Siedlungen an besonders geeigneten Punkten zusammenzufassen. Diese Absicht hat in der Öffentlichkeit, besonders bei den Gemeinden, in denen etwas weiter ab von den Schächten eine größere Anzahl Bergarbeiter wohnen, den sogenannten Randgemeinden, lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Man behauptete, der Bergarbeiter ginge sehr gern nach der Schicht eine Stunde und länger zu Fuß nach Hause, wenn er nur dort in guter Luft wohnen könne. Demgegenüber verteilte der Verein einmütig, also mit den Stimmen der Arbeitnehmer, die Ansicht, daß man neu für Bergleute eigens erbaute Wohnungen weit von den Schächten ab gelegen nicht errichten könne, und daß eine halbe, höchstens eine dreiviertel Stunde Anmarschweg nicht überbrücken werden dürfte, wenn der Bergmann nicht in seiner Leistungsfähigkeit während der Schicht unnötig beeinträchtigt werden soll. Auf die Wünsche der begreiflicherweise ihre Kommunalinteressen im Auge habenden Gemeinden konnte deshalb keine Rücksicht genommen werden. Selbstverständlich mußte bei der Auswahl des Siedlungsortes darauf gesehen werden, daß die Wohnungen nicht in der unmittelbaren, ruhigen Nähe der Schächte errichtet wurden. Es fanden sich aber auch in der nächsten Umgebung der Betriebsstätten geeignete Plätze genug, so daß die Siedlungen teilweise keine Sommerfridanten darstellen. Der Verein darf heute mit Recht zufrieden sein, daß er seinen Standpunkt allen Angriffen gegenüber durchgehalten hat.

Ein gewisser Abstand der Siedlungen von den Schächten ergab sich schon ohne weiteres dadurch, daß Abbaueffekten des Bergbaus auf die für die Bebauung in Aussicht genommene Oberfläche möglichst ausgeschlossen werden mußten. Das dies in den eigentlichen Bergbaugeschäften bei beschränkter Möglichkeit ist, wird jeder Sachverständige ohne weiteres einsehen. Immerhin haben sich Plätze gefunden, die bei sonst geeigneter Lage auch bezüglich späterer Bergschäden nur geringe oder gar keine Bedenken ausstossen ließen. Wenn nun ein Gelände gesundheitslich und bezüglich der Bergschädenmöglichkeit einwandfrei befunden wurde, war weiterhin zu untersuchen, ob die Auffschließung, d. h. die Anlage von Straßen, der Anschluß an die Gas- oder elektrische Lichtleitung, an die Wasserversorgung und an die Entwässerung, keine zu großen Kosten und Schwierigkeiten verursachen würde. Der Erwerb des Geländes selbst bot meist keine allzu großen Schwierigkeiten, da die Gemeinden bei dem Wettlauf nach den Beihilfen zu allergrößtem Entgegenkommen in dieser Beziehung bereit waren, wozugen der Geländeerwerb in anderen Bezirken teilweise die größten Schwierigkeiten gemacht hat.

Früher konnten nicht alle Siedlungspunkte reiflos den genannten Anforderungen entsprechen. Man mußte schließlich auch in der einen oder anderen Beziehung etwas von den idealen Forderungen

XX Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen XX  
Vornehmstes Porzellan für den Speise- und Kaffeetisch — Kunstwerke von Weiruf — Direkter Verkauf an Private